



# kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



## Liebe Leserinnen und Leser,

wir erleben derzeit den stärksten Aufschwung seit zwanzig Jahren, mit steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Arbeitslosenzahlen. Die Regierung Merkel/Rösler ist dennoch nicht in der Lage, diese positiven Rahmenbedingungen zu nutzen, um Deutschland auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Weder in der Arbeitsmarktpolitik noch bei dem vorgestellten Haushaltsentwurf 2012 oder dem immer wieder aufgeführten Steuertheater bietet sie verlässliche und konstante Politik. Alles dient offensichtlich eher dem Koalitionsfrieden als dem Interesse Deutschlands. Auch in der Außenpolitik richtet die Regierung immer wieder großen Schaden an.

In der Arbeitsmarktpolitik verspielt Schwarz-Gelb mit dem Kahlschlag bei der Arbeitsförderung die Chancen, die der gegenwärtige Aufschwung bietet. Auf der einen Seite lässt sich die Koalition für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt feiern, auf der anderen Seite setzt sie die Axt an und spaltet den Arbeitsmarkt durch die massive Kürzung der Arbeitsmarktinstrumente.

Der Haushaltsentwurf der Regierung zeigt, dass von dem groß angekündigten Zukunftsplan aus dem letzten Jahr nichts übrig geblieben ist. Nur bei den Kürzungen im Sozialbereich bleibt Schwarz-Gelb bei ihrer Linie. Ansonsten werden, statt die Neuverschuldung mittels des Aufschwungs schneller zu senken, die Mehreinnahmen für zusätzliche Ausgaben über die Ministerien verteilt. Der Bundesfinanzminister lässt es zu, dass diese Mittel als Kitt für den Zusammenhalt der ehemaligen Wunschkoalition genutzt werden.

Auch erneute großspurige Versprechungen von Steuersenkungen lässt Finanzminister Schäuble zu. Dabei weiß er genau, dass konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen nach der neuen Schuldenregel in die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gehen müssen. Es ist der dritte Anlauf der Chaos-Koalition zur Volksverdummung. Seit über zwei Jahren werden Steuersenkungen erst angekündigt und dann wieder kassiert, weil beim

Blick in den Haushalt jedes Mal klar wird, dass das Geld dafür fehlt. Diesmal werden wohl die Ministerpräsidenten im Bundesrat die Pläne stoppen. Deutschland macht Jahr für Jahr neue Schulden, aber die FDP hängt an Steuersenkungen wie ein Junkie an der Droge und Merkel gibt den Süchtigen Stoff. Die Mehrheit der Menschen ist längst weiter. Sie lehnen Steuersenkungen auf Pump ab. Sie sprechen sich für gute Kindertagesstätten und Schulen und für den Schuldenabbau aus.

Der als geheim deklarierte Deal zur Lieferung von 200 Panzern nach Saudi-Arabien ist ein außenpolitisches Desaster. Ein extrem autoritäres Land wie Saudi-Arabien, dessen Menschenrechtsbilanz verheerend ist und das Bahrain bei der Niederschlagung von friedlichen Demonstrationen unterstützt hat, soll nun mit einem Panzertyp beliefert werden, der besonders gut gegen Einzelpersonen eingesetzt werden kann. Die magere Begründung für dieses Geschäft: Die Koalition will die Benachteiligung deutscher Rüstungsexporteure gegenüber anderen Konkurrenten abbauen. Der politische Schaden dieser Entscheidung für die deutsche Außen- und Menschenrechtspolitik ist jedoch gewaltig.

Herzlichst  
**Kerstin Tack, MdB**

## Kürzungen für „Soziale Stadt“ zurücknehmen



Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ von Bund und Ländern wurde im Jahr 1999 von der SPD geführten Bundesregierung mit dem Ziel gestartet, die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen umfassend zu verbessern. Von 2006 bis 2010 konnten daraus im Rahmen von Modellvorhaben u.a. auch Mittel für Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen oder Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit eingesetzt werden.

Bereits 2011 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Bundesmittel um 70 Prozent gekürzt (von 95 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 28,5 Millionen Euro für 2011), sowie die Ausgaben auf rein bauliche Aufgaben beschränkt. Das bedeutet, bewährte sozial-integrative Modellvorhaben werden nicht mehr gefördert, Städte und Gemeinden können dies nicht lange kompensieren. Auch in Hannover sind dadurch gute Projekte in Hainholz, Stöcken und Sahlkamp stark gefährdet.

Wir als SPD haben diese Kürzungen bereits im letzten Jahr heftig kritisiert, und wir fordern nach wie vor den Erhalt und den Ausbau des Programms mit seinen sozial-integrativen Komponenten. Denn Programme wie „Soziale Stadt“ verbessern nicht nur Bausubstanz und Wohnumfeld, sie fördern auch den sozialen Zusammenhalt und die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt.

Im Kabinettsbeschluss für den Haushalt 2012 sind zwar 40 Millionen Euro für ein neues Programm Soziale Stadt angekündigt, die Mittel für den Städtebau insgesamt sollen sich aber nur auf 410 Millionen Euro belaufen.

Gemeinsam mit den Grünen haben wir in einem Antrag bereits von der Bundesregierung gefordert, die Kürzungen der Städtebauförderung zurückzunehmen und die Bundesmittel auf 610 Millionen für 2012 und perspektivisch auf den tatsächlichen Förderbedarf von 700 Millionen Euro aufzustocken. Für das Programm Soziale Stadt fordern wir 105 Millionen Euro, das heißt mindestens wieder das Niveau von 2009.

## Energiepolitik

Am 30. Juni 2011 hat der Deutsche Bundestag über den Atomausstieg und die Gesetze zur Energiewende entschieden. Angesichts der Tatsache, dass die SPD seit mehr als 25 Jahren für das Ende der Atomkraft gearbeitet hat, haben wir dem Ausstiegsbeschluss zugestimmt, auch wenn es bei einigen Punkten Kritik von unserer Seite gibt. Schwarz-Gelb kehrt mit geringfügigen Änderungen zurück zum rot-grünen Atomausstieg aus dem Jahr 2000. Wir beglückwünschen Union und FDP dazu, dass sie jetzt endlich auf dem energiepolitischen Stand von vor elf Jahren sind.

Mehr als zehn Jahre haben Angela Merkel, Union und FDP gegen die Energiewende in Deutschland gekämpft. Die Gesellschaft war schon lange weiter als Schwarz-Gelb. Wenn Union und FDP jetzt den richtigen Kurs finden, ist das gut. Wenn sie aber behaupten, die Energiewende erfunden zu haben, ist das auf dreiste Art verlogen. Und allein mit einem Ausstieg aus der Atomenergie ist die Energiewende noch lange nicht erreicht. Vielmehr wäre es jetzt notwendig, in vielen Bereichen den von SPD und Grünen eingeleiteten Umbau unseres Energiesystems hin zu einem sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energiedienstleistungssystem fortzusetzen. Mit ihren eigenen Vorschlägen haben die Regierungsfractionen aber dabei den entgegengesetzten und damit falschen Weg eingeschlagen.

Wir fordern die Regierung auf, die Energiewende wirklich zukunftsfähig zu gestalten. Wir wollen in den nächsten Monaten und Jahren unter Berücksichtigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, der Sicherheit und der Stromversorgung an einem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft arbeiten. Wir wollen eine rasche gesetzliche Regelung der ergebnisoffenen Endlagersuche.

Die Novelle des Erneuerbare Energiengesetzes (EEG) der Bundesregierung lehnen wir ab, denn sie geht nicht weit genug. Die Förderung erneuerbarer Energien wird schlechter und teurer. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss stärker beschleunigt werden. Das Ziel muss 45 Prozent statt 35 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2020 sein. Wir fordern, dass beim Netzausbau in Abstimmung mit den Ländern eine frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung stattfindet. Die Förderung von Energieeffizienz und neuer Technologien muss ausreichend finanziert werden.

Durch Programme zum energetischen Sanieren von Gebäuden lassen sich große Einsparungen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung erzielen. Dass dafür mehr Fördergelder zur Verfügung gestellt werden sollen, ist zunächst zu begrüßen. Der vorgelegte Gesetzentwurf der Bundesregierung reicht aber nicht aus, begünstigt nur die Vermieter und die Kosten für die energetische Sanierung werden auf die Mieter abgewälzt. Die SPD fordert, dass die Sanierungskosten erst nach Abzug der steuerlichen Vorteile umgelegt werden können. Um die Belastung der Mieter zusätzlich abzumildern wollen wir, dass künftig statt elf Prozent nur noch neun Prozent der Sanierungskosten pro Jahr überwält werden können. Um eine Steigerung der Sanierungsquote zu erreichen, ist eine Förderung auf hohem Niveau nötig, sie sollte in Höhe von mindestens 2 Milliarden Euro verstetigt werden.





## Marktbesuche

Auch in diesem Jahr besuchte die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack die Marktplätze der Stadtteile in ihrem Wahlkreis. Dabei verteilte sie ihre schon bekannten „roten Karten“ und stand den Bürgerinnen und Bürgern für Fragen, Gespräche und Diskussionen zur Verfügung.



## Schützenausmarsch

Am Sonntag, 3. Juli, fand im Rahmen des 482. Hannoverschen Schützenfestes der traditionelle Schützenausmarsch statt. Angeführt vom hannoverschen Oberbürgermeister Stephan Weil beteiligten sich weit über 10.000 Schützinnen und Schützen und ihre Gäste am Höhepunkt des weltgrößten Schützenfests.

Die Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack verteilte gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Stefan Schostok, den Landtagsabgeordneten Wolfgang Jüttner, Sigrid Leuschner und Stefan Politze und weiteren Ehrengästen rote Rosen an die vielen Zuschauerinnen und Zuschauer entlang der Wegstrecke.

*Zum Auftakt des Schützenausmarsch vor dem neuen Rathaus (v.l.n.r.): Wolfgang Jüttner, Stefan Schostok, Kerstin Tack, Angelika Walther (stv. Regionspräsidentin) und Sigrid Leuschner*



## Steuertheater wiederholt sich

Aktuell gute Steuereinnahmen und optimistische Schätzungen von wirtschaftlicher Entwicklung und Steuereinnahmen des Staates rufen erneut großspurige Versprechungen von Steuerersenkungen ab 2013 oder früher durch die FDP auf den Plan. Dass dies auch von Finanzminister Schäuble zugelassen wird, wundert mich schon sehr. Denn allseits bekannt ist doch, dass konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen nach der neuen Schuldenregel („Schuldenbremse“) in die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gehen müssen. In wirtschaftlichen Boom-Phasen sind sogar staatliche Haushaltsüberschüsse zu erarbeiten. Aktuell sprudelnde Steuerquellen bedeuten also eben nicht mehr, dass automatisch Geld für Steuerersenkungen zur Verfügung steht. Und was gerne vergessen wird: Nahezu alle Steuerersenkungen treffen nicht nur den Bundeshaushalt, sondern auch die Länderhaushalte und die Kommunen. Ein Steuergeschenk von den jetzt angedachten zehn Milliarden Euro würde die Kommunen 1,5 Milliarden Euro kosten, in Hannover etwa 10 Millionen Mindereinnahmen bedeuten. Geld, das heute schon für dringend notwendige Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung, Bildung, Integration und in eine gute Infrastruktur fehlt.

Diese neuerliche Diskussion zu Steuerersenkungen von FDP und CDU/CSU entbehrt für mich daher jeder Grundlage. Deutschland hat einen Schuldenstand von 85 Prozent des BIP, fast 2 Billionen Euro, und verletzt die Kriterien des europäischen Stabilitätspaktes. Die Neuverschuldung ist noch immer zu hoch. Sie muss in den kommenden Jahren um mehr als 20 Milliarden Euro zurückgeführt werden, um die Schuldenregel einzuhalten. Die Haushaltslage der Länder und Kommunen bleibt angespannt. Nichts ist so unseriös, wie in dieser Lage schuldenfinanzierte Steuerersenkungen anzukündigen. Auch helfen sie nicht denen, die es wirklich brauchen. 40% der Haushalte zahlen keine Einkommenssteuer. Geringverdiener würden bei einer Steuerersenkung leer ausgehen. Viel wichtiger ist es, die Menschen bei den Sozialabgaben zu entlasten.

Die SPD lehnt Steuerersenkungen auf Pump entschieden ab. Wir wollen ein insgesamt gerechtes Steuer- und Abgabensystem. Eventuelle Entlastungen bedürfen einer nachhaltigen Gegenfinanzierung dort, wo beständig sehr gut verdient wird: Die Finanzierungsnotwendigkeiten des Staates verlangen einen stärkeren Beitrag der Spitzenverdiener und derjenigen mit hohen Vermögen.

## Veranstungshinweise

### Auftakt der SPD Hannover zum Kommunalwahlkampf 2011

Am Donnerstag, 11. August, findet im Waterloo-Biergarten die Auftaktveranstaltung der SPD zum Kommunalwahlkampf 2011 statt. Christian Ude (Oberbürgermeister der Stadt München), Stephan Weil, Hauke Jagau, Alptekin Kirci, Christine Kastning und Stefan Schostok werden die Anwesenden in geselliger Atmosphäre auf die heiße Phase vor der Wahl einstimmen.

**Donnerstag 11.08.2011 | 17:00 Uhr**  
Waterloo-Biergarten | Hannover

### Kerstin Tack an SPD-Infoständen

**Freitag 19.08.2011**

10:00 Uhr | List | Klopstockmarkt

16:00 Uhr | Bothfeld | Einkaufspark Kleinbuchholz

17:15 Uhr | Groß-Buchholz | Roderbruchmarkt

**Mittwoch 31.08.2011**

11.00 Uhr | List | Moltkeplatz

**Samstag 03.09.2011**

10.00 Uhr | Misburg | Meyers Garten



### Schorsenfest der SPD Hannover

Am Samstag, 27. August, findet auf dem Platz der Weltausstellung das traditionelle Schorsenfest der SPD Hannover statt. Hauptredner ist Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Weitere Gäste auf der Bühne werden Stephan Weil, Hauke Jagau, Alptekin Kirci, Christine Kastning und Stefan Schostok sein.

**Samstag 27.08.2011 | 10:00 Uhr**  
Platz der Weltausstellung | Hannover

### Impressum:

kontakt | Ausgabe 3/2011

V.i.S.d.P.: Kerstin Tack

Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

[www.kerstin-tack.de](http://www.kerstin-tack.de)

[kerstin.tack@wk.bundestag.de](mailto:kerstin.tack@wk.bundestag.de)

Redaktion: Thilo Scholz

Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare

Erscheinungstermin: 08/2011

Nächster Erscheinungstermin: 11/2011

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com

S. 2 „Soziale Stadt“ / Martin Hanske

S. 2 „Energiepolitik“ / view7 / photocase.com

## Aus meinem Terminkalender Termine bis Dezember 2011

- 11.08. Besuch des SoVD List
- 12.08. Gartentour des SPD-Ortsverein Vahrenwald
- 13.08. Radtour der SPD in Vahrenwald-List
- 19.08. Besuch Infostände in List, Bothfeld und Groß-Buchholz
- 20.08. Marktfest der Interessensgemeinschaft der Kaufleute Heidering
- 21.08. Teilnahme Schützenfest Groß Buchholz  
Laubenfest Kleingartenverein Tannenbergallee
- 22.08. Gespräch mit EDEKA
- 23.08. Parlamentarischer Abend des Landesverbands der niedersächsischen Feuerwehr
- 24.08. Gespräch Schulklasse der Rosa-Parks-Schule im Bundestag
- 26.08. Sommerempfang Bezirksrat Herrenhausen-Stöcken
- 27.08. Schorsenfest der SPD Hannover
- 29.08. Frauenfrühstück Stadteilgespräch Roderbruch
- 30.08. Besuch der AWO Misburg  
Besuch des Training beim SSC Adlerhorst
- 02.09. Klausur der SPD-Bundestagsfraktion
- 03.09. Bürgerfrühstück Lister Meile  
Stadtteilfeste in Kleefeld, Stöcken und Vahrenheide
- 05.-09.09. Sitzungswoche
- 08.-09.09. Berlin-Besuch einer Gruppe politisch Interessierter  
Bürgerinnen und Bürger auf Einladung von Kerstin Tack
- 10.09. Rosenverteilaktionen in Bothfeld, Groß-Buchholz, Zoo und Oststadt
- 18.-23.09. Begleitung der Bundesministerin Aigner bei Gesprächen in den USA und Kanada
- 24.09. Bothfelder Herbstmarkt
- 26.-30.09. Sitzungswoche
- 28.09. Gespräch Schulklassen des Sophiengymnasium im Bundestag
- 17.-21.10. Sitzungswoche
- 24.-28.07. Sitzungswoche
- 30.10. Infostand des Deutschen Bundestages auf der infa
- 05.11. Jubilarehrung des SPD-Ortsvereins List-Süd
- 07.-11.11. Sitzungswoche
- 14.11. Forum SPD und Diakonie
- 15.11. Talk mit Tack: Pflege
- 16.11. Wahlkreis-Forum
- 21.-25.11. Sitzungswoche
- 28.11.-02.12. Sitzungswoche
- 04.-06.12. Bundesparteitag der SPD
- 11.12. Jubilarehrung des SPD-Ortsvereins Groß-Buchholz
- 12.-16.12. Sitzungswoche

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie unter [www.kerstin-tack.de](http://www.kerstin-tack.de)

### Bürgerinnen- und Bürgersprechstunden von Kerstin Tack

23.08.2011	von 16:00 bis 18:00 Uhr
13.09.2011	von 16:00 bis 18:00 Uhr
11.10.2011	von 16:00 bis 18:00 Uhr
01.11.2011	von 16:00 bis 18:00 Uhr
06.12.2011	von 16:00 bis 18:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 69 98 05 oder per E-Mail an [kerstin.tack@wk.bundestag.de](mailto:kerstin.tack@wk.bundestag.de)